



AMBASSADE DE SUISSE  
AU PÉROU

Réf.: 522.0 - I/bh

VERTRAULICH

E.V.D. HANDELSABTEILUNG	
No.	LM 861.5
G/TT	
EE	LIMA, den 27. Dezember 1968
	Case postale 378
	30. DEZ. 1968 10.1.
Kopie an	An die Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

*hinaus  
Bankhaus  
MBC*

LIMA, den 27. Dezember 1968

Case postale 378

30. DEZ. 1968 10.1.

Kopie an

An die Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

B e r n

Kreditverhandlungen mit Peru

Herr Botschafter,

Ich danke Ihnen für die Zustellung der Notiz vom 20. Dezember, in der Sie die Gespräche von schweizerischen Bankenvertretern mit einer peruanischen Finanzdelegation unter Leitung von Finanzminister General Valdivia, resümieren.

Mit besonderem Interesse und Genugtuung habe ich daraus ersehen, dass die peruanische Delegation veranlasst wurde, auch bei dieser Gelegenheit Zusicherungen zu Gunsten ausländischer Privatinvestitionen abzugeben. Es scheint mir wichtig, dies bei jeder Gelegenheit zu tun, um auch von aussen her die gerade jetzt besonders regen Bemühungen der Auslandsinteressen in Peru um Selbstbehauptung gegenüber nationalistischen Tendenzen zu unterstützen.

General Valdivia fiel es wohl nicht schwer, beruhigende Erklärungen abzugeben, da er selbst, wie auch die übrigen Mitglieder der Delegation, um die Bedeutung des Investitionsklimas für eine gesunde und rasche Entwicklung Perus weiss, wie auch um die Voraussetzungen, die ein solches Klima verlangt. Man hält ihm zugute, dass er nicht nur solche Sachkenntnis von weltwirtschaftlichen Zusammenhängen besitzt, sondern dass er auch aktiv seine Ueberzeugung innerhalb der Regierung und gegenüber seinen Militärkollegen vertritt. Er wird dabei von einer Reihe vernünftiger, gut vorbereiteter Kollegen wie Premierminister Montagne, Industrieminister Maldonado, Aussenminister Mercado und Landwirtschaftsminister Benavides unterstützt.

Gerade dieser Tage soll, nach verschiedenen Informationen, ein recht heftiger Streit zwischen Vertretern der liberalen Richtung wie Valdivia, und radikalen Nationalisten (einer Allianz von militärischen Hurra-Patrioten, zu denen man auch den Präsidenten zu zählen pflegt, und Konservativen, welche die ausländische Initiative und rationelle Konkurrenz scheuen) im Gang sein. Es geht darum, wie das Vollmachtendekret Nr. 297 vom August dieses Jahres, aus der Zeit von Finanzminister Ulloa, in ein Gesetz über das Bankenwesen umgewandelt werden soll.

*Certains passages pourraient être portés à la connaissance des intéressés (banques; BBE par exemple)*

*Lo. d'accord (si ce n'est pas déjà fait). On pourrait remercier M. Noy de cet excellente analyse. Je pourrais même vous le dire (même Noy est un militaire). Po.*





Dekret 297 sah vor, dass  $\frac{2}{3}$  des Aktienkapitals von Banken in peruanischem Eigentum sein müssen; respektive dass Banken, welche diese Voraussetzung nicht erfüllen, gewissen Beschränkungen im direkten Depotgeschäft unterworfen sind und dass sie sich nicht vergrössern dürfen. Nun versuchen offenbar die peruanischen Banken, welche schlecht organisiert sind und schlecht rentieren (Banco Popular der Gruppe Prado, und Banco International) das Vordringen der gutgehenden ausländischen Banken zu hemmen. Gerüchteweise verlautet, dass stark auslandfeindliche Klauseln dabei ernsthaft diskutiert werden, und es gibt nicht wenige, die sich bereits um den Kredit Perus im Ausland besorgt zeigen.

Es ist aber offenbar heute noch verfrüht, Alarm zu schlagen. Es ist noch nicht sicher, wie der Prozentsatz ausländischer Beteiligung festgelegt wird, wie juristische Personen, die Bankaktien besitzen, beurteilt werden, wie lange die Uebergangsfristen sind, wie Versicherungsgesellschaften und Finanzgesellschaften behandelt werden. Unsicher ist auch, ob das Gesetz eine Monopol-Verbotsklausel enthalten wird, die z.B. verfügen würde, dass keine Bank mehr als 30% der direkten Depotgelder aufnehmen dürfe. Eine solche Klausel wäre gegen den Banco de Crédito gerichtet, der diese Limite bereits überschritten hat und damit tatsächlich eine Vormachtstellung einnimmt. Bei dieser Diskussion hat man sich ohnehin vor Augen zu halten, dass das Bankenwesen in Peru tatsächlich von Privatbanken mit ausländischer Aktienmehrheit beherrscht wird und die rein peruanischen Banken eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Situation, an der zu grosse Vorsicht, Misstrauen und geringe Anpassungsfähigkeit ausländischer Aktionäre nicht ganz unschuldig ist, muss von Zeit zu Zeit Opposition wecken. Sie wird dann gefährlich, wenn, wie jetzt, die politische Konstellation eine Verbindung von ultrakonservativen peruanischen Protektionisten mit den Militärs ermöglicht, die von Natur aus eher nationalistisch sind und im jetzigen Zeitpunkt erst noch allgemein attraktive Sujets suchen, um die Volksmasse hinter sich zu bringen.

Die Diskussion um das Bankengesetz macht Sorge, weil sie mit dem ungelösten peruanisch-amerikanischen Streitfall der IPC und einer Reihe von demagogisch-nationalistischen Aeusserungen des Präsidenten zusammenfällt, was als Häufung von Anzeichen eines gefährlichen Nationalismus gedeutet werden kann. Dabei ist aber sicher richtig, was Finanzminister Valdivia auch in Zürich wiederholte, nämlich, dass der Fall IPC als Sonderfall anzusehen ist und daraus nicht auf eine Absicht der Militärregierung geschlossen werden darf, auch andere ausländische Investitionen zu verstaatlichen. Der Fall IPC aber trägt die Gefahr einer Eskalation von gegenseitigen Retorsionsmassnahmen in sich, die zwar nur von wenigen als sehr ernst eingeschätzt wird, die aber doch - wie mir scheint - mit allem andern zusammen am Vertrauen in die Politik der peruanischen Regierung nagt.



Diese allgemeinen Ueberlegungen müssen in diesem Zusammenhang zwar angestellt werden. Unser Verhalten ist aber in erster Linie von unsern spezifisch schweizerischen Interessen abhängig zu machen. Dabei steht die Lima Light and Power im Vordergrund. Allgemein wird anerkannt, dass die Stellung dieser Firma als privatwirtschaftlicher Betrieb unter ausländischer Leitung und mit starken finanziellen Bindungen zur Schweiz unangefochten ist. Sie hat zwar gelegentlich Probleme, die mit der allgemeinen Wirtschaftslage Perus zusammenhängen (reduzierter Konsum und Abnahme der Zahlungsfreudigkeit der Konsumenten etc.) Der Firma ist es aber gelungen, im In- und Ausland (Schweiz und USA) ein so ausgezeichnetes Ansehen aufrechtzuerhalten, dass sie ohne Zweifel ihr langfristiges Ausbauprogramm heute und in nächster Zukunft durchführen können. Diese gesunde und unbestrittene Situation unserer grössten Investition in Peru rechtfertigt meines Erachtens die erfreulich positive Einstellung unserer Banken zum Kreditgesuch der peruanischen Regierung.

Auf keinem andern Gebiet besteht heute eine Lage, welche eine uneingeschränkte Unterstützung der Lima Light and Power durch unsere Banken in Frage stellen würde. Das Bankengesetz trifft uns nicht direkt. Am Banco de Crédito soll zwar eine gewisse kleinere Beteiligung einer schweizerischen Grossbank existieren. Die italienischen Interessen sind aber so überwiegend, dass wir es den Italienern und im übrigen der sehr fähigen und einflussreichen Leitung der Bank überlassen können, sich um ihre Belange zu kümmern. Im übrigen sind auf dem Bankensektor in erster Linie amerikanische und französische Interessen auf dem Spiel.

Die Peruinvest als Finanzierungsgesellschaft ist für uns von Interesse, da sie als schweizerische Gründung auch heute noch unter schweizerischer Leitung steht und eine schweizerische Minderheitsbeteiligung (Handelsbank Zürich und Basler Handelsbank) aufweist. Die Mehrheit des Kapitals ist allerdings amerikanisch. Es ist heute noch offen, ob die Interessen der Gesellschaft durch das kommende Bankengesetz beeinträchtigt werden; denkbar wäre es. Von der Leitung der Peruinvest vernehme ich, dass sie gerade daran ist, eine Kampagne zu ihrer Verteidigung zu starten, indem sie eine Aufklärungsschrift über die Bedeutung ihrer Kreditstätigkeit für die peruanische Wirtschaft zur Verteilung bringt. Der Direktor war dieser Tage in den USA, um die amerikanischen Mehrheitsaktionäre davon zu überzeugen, dass ein Druck von aussen nur schaden könnte und dass eine objektive Aufklärungsarbeit in Peru selbst nötig sei.

Mit den beiden schweizerischen Versicherungsgesellschaften Peruano-Suiza (Bâloise) und Colmena (Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft) habe ich dieser Tage ebenfalls erneut Fühlung genommen und dabei erfahren, dass auch auf diesem Sektor bisher noch kein Entscheid gefällt wurde. Der Versicherungsverband wehrt sich noch immer für ein allgemein akzeptables Versicherungsgesetz, während die ausländisch beherrschten Gesellschaften



- 4 -

sich um eine annehmbare Peruanisierungsklausel bemühen. Nach wie vor besteht bei beiden Gesellschaften die Meinung, eine aktenmässige offizielle Stempelung als ausländisch beherrschte Gesellschaft durch Interventionen von schweizerischen Behörden oder durch namentliche Erwähnung z.B. im Rahmen von Kreditverhandlungen wären äusserst gefährlich und könnten der Tätigkeit der beiden Gesellschaften auf die Dauer mehr schaden als eine momentane nationalistische Welle, die sich an den wirtschaftlichen Realitäten früher oder später ohnehin brechen müsse.

Das dritte Problem, das uns Finanzminister Ulloa mit seinen Notstandsdekreten im August beschert hatte, nämlich die Gefährdung der Brown Boveri del Perú durch eine exzessive Privilegierung von nationalen Unternehmen, soll gemäss Information des Direktors der Firma dieser Tage in günstigem Sinne erledigt werden. Er erwartet nämlich den Erlass eines Dekretes, das in Abänderung der früheren Bestimmungen verfügen würde, dass Betriebe der Maschinenbranche Zoll- und Steuerprivilegien geniessen, wenn sie 30% oder mehr peruanisches Kapital aufweisen. Diese Regelung wäre für Brown Boveri annehmbar. Die Firma hat in letzter Zeit eine ausgezeichnete Publizität erreicht, indem sie von Presse und Regierung dafür gelobt wurde, dass sie gegen starke internationale Konkurrenz eine Ausschreibung in Kolumbien für die Lieferung von Dieselmotoren\*gewann. Dieser Erfolg von Brown Boveri gab Gelegenheit, auf die Bedeutung ausländischer "Know-how's" für die peruanischen Exportbemühungen hinzuweisen. Diese Aktion hat wohl viel dazu beigetragen, dass die Situation von Brown Boveri del Perú heute als gesichert betrachtet werden kann.

Dieser Ueberblick über unsere Interessenlage in Peru zeigt, dass die Unterzeichnung der Standby-Kredit-Verträge durch die Schweizer Banken sehr begrüsst werden muss, und dass es richtig war, bei den Verhandlungen nicht mehr als eine allgemeine Wohlwollenserklärung zu Gunsten ausländischer Privatinvestitionen zu verlangen. Sehr angezeigt war es aber, bei dieser Gelegenheit an unsere grossen Leistungen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit zu erinnern. Ich werde nicht verfehlen, bei Gelegenheit beim Finanzminister und seinen Mitarbeitern mit einer Dokumentation über unsere Programme der TZ nachzudoppeln. Für die Zukunft wird es richtig sein, weitere Konzessionen, z.B. zu Gunsten des Fondo de Inversiones Privadas (FIP) zu staffeln und sorgfältig auszunützen, um unsere gute Position in Peru durch die ungewissen nächsten Monate hindurchzusteuern. Ueber den FIP werde ich versuchen, hier weitere Informationen zu erhalten.

Zum Schluss möchte ich noch beifügen, dass es zweifellos eine gute Geste war, Finanzminister Valdivia von unsern Bemühungen über den Abschluss von Investitions-Schutzverträgen zu sprechen und ihm den Text eines Modellvertrages zu überreichen. Meines Erachtens liegt der Wert dieser Geste darin,

\*nicht Dieselmotoren, sondern Transformer

- 5-

*nous ne nous  
ferons pas d'il-  
lusion non  
plus.*

dass wir auch damit betonen könnten, wie hoch wir die Bedeutung von Privatinvestitionen einschätzen. Dass wir dagegen in absehbarer Zeit mit Peru tatsächlich zum Abschluss eines solchen Vertrages gelangen könnten, bezweifle ich. Sie wissen, dass Botschafter Jolles schon 1963 einen Modellvertrag überreichte, und dass mein Vorgänger und ich seither immer wieder von Zeit zu Zeit an diese Pendeuz erinnern. Wir sind immer auf entschlossenen Widerstand gestossen. Auch die Amerikaner sind mit ihren Vorstössen für den Abschluss eines Garantievertrages nicht weitergekommen. Der deutsche Staatssekretär Duckwitz hat bei seinem Besuch Anfang Dezember in Lima die Frage ebenfalls wieder vorgebracht und ist auf entschlossene Ablehnung gestossen. Ich möchte annehmen, dass bis zu einer endgültigen Regelung der IPC-Frage keine Aussichten bestehen, in dieser Frage weiterzukommen. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Militärs noch weniger als das Regime Belaúnde vorher geneigt sind, die bisherige Haltung in dieser Frage zu ändern. Ich werde mich aber selbstverständlich bei Gelegenheit erkundigen, wie die Prüfung unseres Textes ausgefallen ist.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:



Kopie dieses Schreibens geht an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, Bern.